



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

# **Das Umweltinformationsrecht in der Praxis des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

Matthias Sauer und Dagmar Lutz  
BMUB | Referat G II 1

23. Februar 2018



# Themen

- BMUB: Federführung für UIG des Bundes
- Aus der Praxis: Der Zugang zu Umweltinformationen auf Antrag
  - Zahlen?
  - Organisation im BMUB
  - Tendenzen / Trends
- Aus der Praxis: Die aktive Verbreitung von Umweltinformationen



# Zuständigkeit für UIG I

- BMUB: federführend für Umweltinformationsrecht innerhalb BReg
- Austausch und Kommunikation
  - innerhalb des Ressorts (Geschäftsbereich)
  - zwischen den Ressorts (Spiegelreferate, IFG-Referate)
  - international (anlassbezogen)



# Zuständigkeit für UIG II

- Vereinheitlichung/ Zusammenführung der Informationszugangsgesetze in einem Transparenzgesetz?
  - Vorbild Länder? (TranspG RP; IZG SH)
  - Gescheiterter Gesetzentwurf (SPD-Fraktion) 2013
  - Entwurf Koalitionsvertrag 2018: keine Aussagen



# Anträge nach UIG

- BMUB als informationspflichtige Stelle des Bundes
- Nachgeordnete Behörden des BMUB (UBA, BfN, BfS, BBR mit BBSR, BfE): selbst jeweils informationspflichtige Stelle des Bundes  
→ eigenständiger Vollzug des UIG



# Anträge nach UIG: Zahlen?

- Keine Statistikpflicht im UIG (anders: IFG)  
→ Grund: Weite des Begriffs „Umweltinformation“
- Kein vollständiges Bild über alle UIG-Anträge möglich
  - Kein zentraler Eingang aller Anfragen an BMUB
  - Bürgeranfrage oder UIG-Antrag?
  - UIG-Relevanz der Öffentlichkeitsarbeit



# Anträge nach UIG: Zahlen: Annäherung I

- Formale UIG-Anträge 2017
  - Genaue Zahl unbekannt (→ keine Statistikpflicht)
  - Grobe Zählung der G II 1 bekannten Anträge: 500
    - 360 Anträge im Kontext der Aktion „Gläserne Gesetze“ von [fragenstaat.de](http://fragenstaat.de) / Abgeordnetenwatch
    - 44 Anträge einer Einzelperson
- Vergleich zum IFG: 90 formale Anträge 2017



# Anträge nach UIG: Zahlen – Annäherung II

- Anfragen beim Bürgerservice des BMUB (2017)
  - Rund 15.000 schriftliche Anfragen
  - Rund 17.000 Telefonkontakte
  - Rund 5.000 Besucher/innen
- Aktivitäten der Öffentlichkeitsarbeit (2017)
  - Broschüren: ca. 31.200 Anfragen
  - Soziale Medien: geschätzt 20-200 Kommentare von Bürger/innen / Tag (darunter geschätzt: 10-15 Fragen)



# Anträge nach UIG: Zahlen – Annäherung III

- Genaue Angabe zu Zahlen unmöglich
- Formale UIG-Anträge = vermutlich verschwindend geringer Teil der im BMUB faktisch bearbeiteten und beantworteten Anfragen, die dem UIG unterfallen



# Anträge nach UIG: Organisation I

## Geschäftsordnung BMUB (Auszug):

### Auskünfte nach dem UIG sowie nach dem IFG

*„Anfragen nach dem UIG sowie dem IFG sind durch das nach dem Geschäftsverteilungsplan für den **Sachgegenstand der Anfrage zuständige Referat** zu beantworten.*

*Ist eine teilweise oder vollständige Ablehnung des Informationsbegehrens beabsichtigt, muss das Referat G II 1 mitzeichnen.*



# Anträge nach UIG: Organisation II

- Dezentraler Eingang (Bürgerservice, Leitung, Fachreferat, Presse ...)
- Dezentrale Bearbeitung und Beantwortung in den Fachreferaten
- Fachliche Unterstützung: G II 1 (ggf. auch Rechtsreferate der Fachabteilungen)



# Anträge nach UIG: Organisation III

## Fachliche Unterstützung durch G II 1

- Leitfaden UIG aus dem Jahr 2015
- Diverse Mustertexte
- Zwei Fortbildungsveranstaltungen im Jahr 2017 mit Hinweisen zum praktischen Umgang
  - Insb: frühzeitige Kontaktaufnahme mit Antragsteller/in bei Unklarheiten (Verpflichtung aus § 4 Abs. 2 S. 1 UIG); Einverständnis in Schwärzungen personenbezogener Daten)



# Anträge nach UIG: Aktuelles / Tendenzen

## Bilanz 2017:

- Schätzung: Zugang zu Informationen bei 95% aller UIG-Anträge
- Ablehnungsgründe
  - § 8 UIG: internationale Beziehungen / Beratungen informationspflichtiger Stellen / interne Mitteilung
  - § 9 UIG: personenbezogene Daten, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse
- 4 abgeschlossene Widerspruchsverfahren
- 1 laufendes Klageverfahren



# Anträge nach UIG: Aktuelles / Tendenzen

- Zunehmende Nutzung der Plattform fragdenstaat.de (insg: 509 Anfragen an BMUB, Stand: 16.2.18)
- Zunahme an Anfragen unter Pseudonym
- Vielschreiber / Missbrauch?
  - Bekannter Antragsteller stellt 1 Antrag/ Woche, Antragsinhalt zunehmend: umformulierte und gestückelte parlamentarische Anfragen aus den 1990er Jahren
  - Kein Missbrauch; Bescheidung mit Auskunft
- Anspruch auf Zusammenstellung von Informationen / Listen?



# Aktive Verbreitung von Umweltinformationen I

- Rechtliche Grundlage: § 10 UIG
- Dezentrale Umsetzung im BMUB (vorrangig als Teil der Öffentlichkeitsarbeit)
  - Internetauftritt
  - Broschüren
  - 20 Jahre Aarhus-Konvention: Überarbeitung „Aarhus-Broschüre“



# Aktive Verbreitung von Umweltinformationen II

- UVP-Portal des Bundes
  - Portal für UVP der Bundesbehörden
  - Relevante Unterlagen zur Beteiligung der Öffentlichkeit
  - Länder: eigene Portale
- Portal zur kerntechnischen Sicherheit
  - Portal bündelt Informationen des Bundes und der Länder zur kerntechnischen Sicherheit
  - Entwickelt von BMUB, BfS, BfE und Ländern
  - Freischaltung Februar 2018



## Herzlich Willkommen!

Hier finden Sie Informationen zu den Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) der deutschen Bundesbehörden.

Umweltverträglichkeitsprüfungen ermitteln, beschreiben und bewerten die Umweltauswirkungen von Vorhaben. Sie dienen einer wirksamen Umweltvorsorge. Die Zulassungsbehörden in Deutschland führen UVPs nach einheitlichen Grundsätzen durch. Insbesondere beteiligen sie die Öffentlichkeit.

[Alle Vorhaben ansehen](#)

## Aktuelle Vorhaben mit UVP

02.11.2017

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) auf dem U.S.-Truppenübungsplatz Grafenwöhr; Projekte Vehicle Maintenance



# www.nukleare- sicherheit.de

**Sicherheit in der Kerntechnik**  
Ein Informationsportal von Bund und Ländern

Wissen

Kerntechnische  
Anlagen

Genehmigung  
und Aufsicht

Europa und  
Internationales

Nuklearer  
Notfallschutz

Suche



IndustryAndTravel/fotolia.com



## Sicherheit in der Kerntechnik

Ein Informationsportal von Bund und Ländern

Mensch und Umwelt zu schützen, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Staates. Dies gilt auch gegenüber den möglichen Gefahren beim Betrieb und der Stilllegung von kerntechnischen Anlagen, z. B. Kernkraftwerken.

Um die Sicherheit des Betriebs kerntechnischer Anlagen zu gewährleisten, sind in Deutschland zahlreiche Rechtsvorschriften und technische Regeln erlassen worden, die durch die Genehmigungsinhaber einzuhalten sind.

Die Einhaltung dieser Regelungen wird vom Staat kontrolliert. Nach

## KKW-Standorte in Deutschland





# Aktive Verbreitung: Referentenentwürfe I

- Open Government Partnership: Bekenntnis BReg zu Offenheit und Transparenz im Regierungshandeln
- Juli 2017: St-Beschluss zur Veröffentlichung aller Referentenentwürfe und Verbändestellungnahmen der 18. LP
  - BMUB: 34 Gesetzesvorhaben mit etwa 650 Verbändestellungnahmen wurden sukzessive auf der BMUB-Internetseite online gestellt



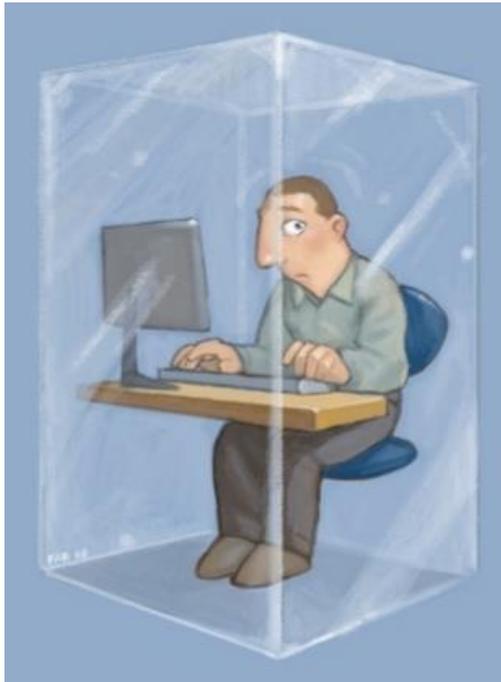
# Aktive Verbreitung: Referentenentwürfe II

## Ab 19. LP: Aktive Veröffentlichung aller Referentenentwürfe und eingegangener Stellungnahmen auf Internetseite BMUB

- Beschluss Hausleitung BMUB vom Juni 2017
- Stellungnahmen der Länder, kommunale Spitzenverbände, Fachkreise und Verbände, Einzelpersonen
- Bei Widerspruch: BMUB-Website enthält Hinweis auf Vorliegen einer Stellungnahme



# Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



**Kontakt:**

[GII1@bmub.bund.de](mailto:GII1@bmub.bund.de)